



MIGRATION

Analysen und Forderungen

Vom Vorstand SP60+ am 20. September 2017 verabschiedet

Am SP60+Herbstanlass in Zürich vom 11. November 2017 verabschiedet



Autor*innen

Reto Barblan, Heinz Gilomen, Carlo Lepori, Marianne de Mestral, Martin Reichlin,
unter Mitwirkung der AG Sozialpolitik und der AG Planung

September 2017

MIGRATION

Analysen und Forderungen

1. WARUM WIR ALTEN UNS UM MIGRATION KÜMMERN

- Weil wir schon immer für eine lebenswerte Gesellschaft gekämpft haben. Und der vernünftige Umgang mit Migration gehört dazu. Aber auch, weil wir seit jeher für eine gerechtere Welt kämpfen.
- Weil viele von uns persönliche, aktive Migrationserfahrung haben und wissen, wie es ist, in der Fremde zu leben.
- Weil viele von uns passive Migrationserfahrung haben und wissen, wie es ist, wenn plötzlich Fremde zu uns kommen.
- Weil wir die Migrationsdiskurse und -rezepte – die oft auch von Fremdenangst und Fremdenhass durchsetzt waren und sind – seit Jahrzehnten miterleben.
- Weil wir wissen, dass kulturelle Inzucht zu Degeneration führt und Blutauffrischung für unser kleines Land lebensnotwendig ist.
- Weil wir wissen, dass Migration ein Grundpfeiler für die starke Wirtschaft unseres Landes ist und somit das Wohlergehen aller ermöglicht. Unsere Renten sind abhängig von Migration.
- Weil wir wissen, dass durch die zunehmende Klimaerwärmung und kriegerische Konflikte zusätzliche Flüchtlingsströme ausgelöst werden, welche die bisherigen weit übertreffen werden.

2. ANALYTISCHE ELEMENTE

2.1 Wir sind alle Migrant*innen

Migration gehört zur Schweiz. Die Geschichte der Schweiz ist eine Geschichte der Migration. Unser Land war zwar auch immer wieder Fluchtziel, aber doch bis ins 19. Jahrhundert vorwiegend ein Auswanderungsland, von dem aus Menschen in die ganze Welt zogen, um eine besse-

re wirtschaftliche Existenz aufzubauen (Wirtschaftsflüchtlinge?). Heute beträgt die Zahl der Auslandschweizer*innen 762'000, was 10% der Bevölkerung entspricht. Es gibt Schweizer*innen auf der ganzen Welt. Kein anderes europäisches Land hat einen solchen Anteil an ausgewanderten Bürger*innen.

Im 20. Jahrhundert bauten Migrant*innen unsere Eisenbahntunnel, Autobahnen und Staudämme. Ohne die Migrant*innen läge die Infrastruktur im Argen. Der Gotthard-Basistunnel etwa wäre ohne ausländische Arbeitskräfte, insbesondere ohne Tunnelbauer*innen, nie gebaut worden.

Menschen mit Migrationshintergrund lieferten aber auch wichtige kulturelle und wirtschaftliche Impulse, Migrant*innen sorgten dafür, dass die Binnennachfrage eine gesunde einheimische Basis für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes garantierte. Und Migrant*innen trugen zu den sportlichen Erfolgen der Schweiz bei.

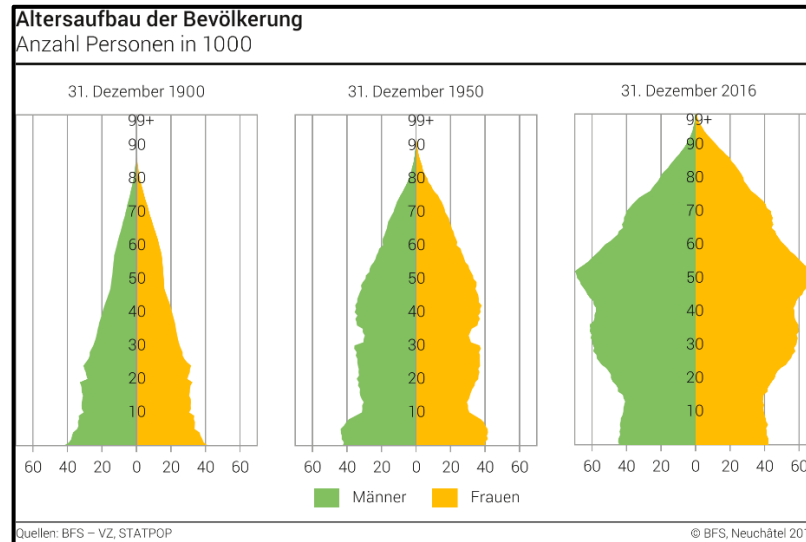
Ursprünglich hatten die meisten von ihnen die Absicht, nach ein paar Jahren Arbeit in der Schweiz wieder definitiv in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Ungefähr ein Drittel der Migrant*innen kehrt im Alter denn auch tatsächlich zurück. Ein weiteres Drittel pendelt zwischen dem ursprünglichen Heimatland und der Schweiz – solange es die Kräfte und die Finanzen erlauben. Ein weiteres Drittel wird dauerhaft in der Schweiz sesshaft. Spätestens bei der Pensionierung realisieren sie, dass sie in der Schweiz heimischer sind als in ihrer ursprünglichen Heimat; sie haben den grösseren Teil ihres Lebens hier verbracht und konnten – sobald die Auflagen erfüllt waren – Frau und Kinder nachziehen. Viele ihrer Kinder haben unterdessen hier ihre eigene Familie gegründet.

Ausländische Arbeitskräfte arbeiteten vor allem in Branchen mit hoher Arbeits- und Gesundheitsbelastung, erhöhter Unfallgefahr und niedrigem Einkommen. Sie sind folglich stärker unter denjenigen Frühpensionierten vertreten, die wegen Krankheit oder Invalidität vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Fazit: Viele wurden jung, stark und gesund angestellt und im Alter sind sie früh verbraucht und gesundheitlich geschädigt. Da die meisten von ihnen in Niedriglohnbereichen arbeiteten, sind ihre Altersrenten entsprechend niedrig und sie müssen Ergänzungsleistungen beanspruchen.

Viele von uns haben persönlich Migrationserfahrung oder haben Eltern, Grosseltern oder Verwandte mit Migrationserfahrung. Dabei existiert in unserem Kopf vor allem das Bild der Wanderungen über die Landesgrenzen. Die Binnenmigration, etwa vom Wallis nach Bern, von Zernez nach Zürich oder von Solothurn in die Romandie, ist dabei noch nicht einmal mitgedacht. Wenn wir sie auch einbeziehen – weil sie immer mit einer kulturellen Neubeggnung verbunden ist – so findet sich in der Schweiz wohl kaum jemand, der keinen «Migrationshintergrund» aufweist.

2.2 Demografie

Nach Ende des Babybooms fehlt uns der Nachwuchs – die Überalterung droht. Wir haben eine rückläufige Geburtenzahl, die seit Beginn der 1970er-Jahre nicht mehr ausreicht für die Bestandserhaltung der Bevölkerung. Hierfür müssten die Frauen durchschnittlich 2,1 Kinder zur Welt bringen. Im Jahr 2013 waren es nur 1,52 Kinder pro Frau.



Migration kompensiert also nur die rückläufige Geburtenzahl, und auch die nicht vollständig. Und erst noch billiger, da wir keine Aufzucht-kosten haben. Wie haben das nur unsere Vorfahren während des Babybooms gemacht? Der Nachwuchs musste nicht nur ausgebildet, sondern auch noch mit Arbeit versorgt werden. Und sie klagten nicht einmal über Dichtestress, sondern bauten einfach Autobahnen, Eisenbahnen und Universitäten!

2.3 Sozialer Wandel

Früher fand eine Unterschichtung statt, wie die Soziolog*innen sagen. Die Existenz vieler Migrant*innen mit mangelhafter Ausbildung erlaubte es den Hiesigen, zu kleinen Chef*innen aufzusteigen und an sozialem Prestige zu gewinnen. Dafür wurde kräftig die Angst vor den «ungebildeten Halbwildern» geschürt, welche die Grundregeln unseres Zusammenlebens missachteten, tagsüber unseren Frauen* nachpiffen (und ihnen wahrscheinlich nachts auflauerten) und immer ein Messer mit sich führten, mit dessen Hilfe sie sich in Diskussionen durchsetzen konnten. Vieles, was heute in der politischen Propaganda läuft, knüpft nahtlos an jene mit Vorurteilen belasteten Bilder an.

Allerdings leben wir heute nicht mehr in der konjunkturellen Überhitzung der 60er-Jahre mit ihrem Innovationsgeist, Optimismus und einer minimalen Arbeitslosigkeit. Heute sind Sparwut, Sozialabbau, zunehmende Ungleichheit, Vernachlässigung der Infrastruktur und zunehmender Druck auf Arbeitsplätze die Stichworte, auf denen sich die Angst vor dem Fremden aufbauen lässt. Und die Einwanderung besteht längst nicht mehr aus wenig Gebildeten, die Untergebenen-Positionen einnehmen, sondern vielfach aus Personen mit Tertiärabschlüssen, die jetzt die Chef*innenposten besetzen. Aus der Unterschichtung wurde zum Teil eine Überschichtung.

2.4 Der Begriff «Ausländer*in» ist nicht unschuldig

(Siehe zu diesem Thema auch «Artenschutz» auf edupols.blogspot.ch.) Auf den ersten Blick ist klar: Wer keinen roten Pass hat, ist Ausländer*in. Der Begriff ist jedoch nicht neutral, sondern enthält eine scheinbar wichtige soziale Bedeutung: Er steht für das Fremde (franz. étranger),

Seltsam-Absonderliche (engl. strange), für das nicht zur eigenen Kultur Gehörende und ist deshalb so anfällig, Ängste und Abwehrreaktionen hervorzurufen.

Wenn wir diese soziale Bedeutung etwas genauer anschauen, kommen Fragen auf: Warum ist in Genf der Mechaniker aus dem rund 400 Kilometer entfernten deutschsprachigen bündnerischen Bergtal ein Einheimischer, sein Kollege jedoch aus dem 10 Kilometer entfernten französischsprachigen Annemasse ein Ausländer, ein *étranger*? Wer ist denn hier wohl der «Fremde»? Die Legaldefinition der ausländischen Nationalität ist offensichtlich nicht optimal, um die gesellschaftliche Problematik von «Fremdem» und «Eigenem» zu betrachten. Andere Beispiele sind etwa die Komoren und Mayotte oder Berlin vor und nach dem Mauerfall.

Und wenn in Niedersachsen, wo etwa gleich viele Leute leben wie in der Schweiz, jemand von ausserhalb der Landesgrenzen einwandert, ist diese Person immer noch eine Einheimische (Deutsche), wandert die Person dagegen in die Schweiz ein, ist sie Ausländer*in. So wird auch verständlich, weshalb die Schweiz, Luxemburg oder Liechtenstein hohe Anteile an Ausländer*innen aufweisen (23%, 43% und 33%), grössere Länder wie Deutschland, Frankreich oder Grossbritannien hingegen vergleichsweise kleine (9%, 6% und 8%). Zudem spielt auch die mehr oder weniger grosszügige Einbürgerungspraxis eine Rolle.

Der Begriff der ausländischen Bevölkerung umfasst also eine Vielzahl völlig unterschiedlicher Sachverhalte. In seiner Heterogenität ist er somit als analytische Kategorie kaum tauglich, etwas Sinnvolles, sozial Bedeutsames auszusagen, das über die blossen Angstmacherei hinausgeht. Brauchbar ist er höchstens als bürokratische Kategorie einer Bevölkerungsbuchhaltung, die ziemlich sinnentleert ist.

2.5 Migrationsformen

Ähnlich wie der Begriff «Ausländer*in» ist auch der Begriff «Migration» eher schwammig. Im Moment haben die Asylsuchenden Priorität in der politischen Diskussion. Und auch sie sind



nicht gerade eine homogene Kategorie. Gelegentlich wird – im Zusammenhang mit unserer Beziehung zur EU – auch die Arbeitsmigration wieder Diskussionsstoff abgeben (Stichwort «Masseneinwanderung»). Ob sich das Thema Steuerflüchtlinge demnächst erledigen wird, wird sich zeigen. Im Folgenden findet sich ein Versuch, die verschiedenen Formen von Migration etwas auseinanderzunehmen:

Uns interessiert aktuell vor allem die Asylmigration. Viele Ausführungen sind jedoch auch für die Arbeitsmigration gültig.

2.6 Push- und Pull-Faktoren

Der UNO-Sonderberichterstatler [François Crépeau \(2016\)](#) betont, dass es nicht nur sogenannte Push-Faktoren, sondern auch Pull-Faktoren gibt, die zu Migration führen. Push-Faktoren führen zum Verlassen des Herkunftslandes, in den meisten Fällen, um das eigene Überleben zu sichern und/oder dasjenige der Familie: Dazu gehören Hunger, wirtschaftliche Misere, politische Verfolgung, Gewalt oder Kriminalität. (Wer dies aus Gründen der Karriere oder des Abenteuers macht, wird eher «Expatriat» und nicht «Migrant*in» genannt.)

Pull-Faktoren dagegen ziehen Migrant*innen in den Zielländern an. Das sind vor allem Arbeitsplätze. Die legale Rekrutierung vielfach qualifizierter Arbeitskräfte (welche dann oft der Wirtschaft in den Herkunftsländern fehlen) gehört zum Alltag der schweizerischen Wirtschaft. Daneben gibt es jedoch auch die illegale Migration, die für Unternehmen eine willkommene Alternative zur Auslagerung der Arbeitsplätze darstellt. Wie bei der Auslagerung geht es darum, möglichst billig zu produzieren, nur eben im eigenen Land. So leben die «Sans-Papiers» während Jahren oder gar Jahrzehnten in einer Schattenwelt, ohne Arbeitsschutz, vielfach ausgebeutet, teilweise physisch und psychisch misshandelt, in miserablen Mietverhältnissen und in ständiger Angst, entdeckt und ausgewiesen zu werden. Während die Politik von unerwünschten, illegalen Migrant*innen spricht, sind diese in der Wirtschaft ein hochwillkommenes Potenzial: Geschätzte 75 000 sind es gemäss der [Sendung «10 vor 10»](#) des Schweizer Fernsehens.

Solche Verhältnisse sind unwürdig und gehören schnellstens sanktioniert und vermenschlicht.

3. PROBLEMFELDER UND STRATEGIEN: EIN 10-PUNKTE-PLAN

Migrant*innen werden für vieles verantwortlich gemacht: die Zerstörung unserer Kultur, Kriminalität bis zum Terrorismus, die Überlastung unserer Infrastruktur, Lohndumping, steigende Arbeitslosenzahlen, Probleme der 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsnot, Belästigung von Frauen*, Überforderung des Lehrpersonals und so weiter. In der Tat sind einige dieser Problemfelder durchaus akut, sie werden aber vor allem durch die kapitalistische, profitorientierte Produktionsweise und die damit zusammenhängende neoliberale Finanz- und Steuerpolitik verursacht. Sie lassen sich durch die notwendigen Korrekturen an diesem Gesellschaftssystem ändern und haben mit Migration gar nichts zu tun. Andere vermeintliche Problemfelder, wie etwa die Kriminalität, sind schlicht aufgebauscht oder existieren in dieser Form gar nicht.

Aber natürlich sind Migrationsströme immer Ausdruck von Problemfeldern. Und für diese müssen wir eine vernünftige Strategie entwickeln, welche die Probleme tatsächlich löst, anstatt sie

nach dem «Sankt-Florian-Prinzip» auf andere Staaten abzuschieben. Eine Strategie, die nicht nur einen Vorwand liefert, um Demokratie abzubauen, die Armee aufzurüsten, Sozialrechte zu minimieren, Ausnahmezustände auszurufen und damit nur die heutigen Zustände zu zementieren.

3.1 Menschen suchen Schutz und Unterstützung. Wir helfen ihnen. Punkt.

Da gibt es auch kein *Aber* dahinter. Die Hilfe in der Not ist ein Grundwert von universeller Geltung. Und dieser Grundwert, welcher der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht und auch explizit in der Bundesverfassung figuriert, ist nicht verhandelbar. Eines der reichsten Länder der Welt kann und muss es sich leisten, Menschen in Not erst einmal zu unterstützen. Erst recht, wenn wir die Grössenordnungen anschauen: 2015 ein Saldo von rund 20'000, das sind rund 2,5 Promille, oder anders gesagt: Auf eine Gemeinde von 400 Einwohnern kommt ein Flüchtling, auf eine mit 2000 Einwohnern fünf Flüchtlinge. Wir schaffen das, wenn wir wollen. Schutz und Unterstützung heisst nicht einfach Almosen und Sozialhilfe zu verteilen, sondern es heisst auch Chancen und Möglichkeiten zu bieten, damit die Menschen ihre Persönlichkeit, ihre Kompetenzen und Aspekte ihres kulturellen Hintergrundes entfalten und einbringen können. Schutz und Unterstützung heisst auch eine würdige Behandlung von Beginn an, insbesondere in den Aufnahmezentren und im Rahmen der Betreuung durch die verantwortlichen Kantone. Empfang und Betreuung von Flüchtenden ist eine staatliche Angelegenheit und darf nicht in die Hände profitorientierter Unternehmen gelegt werden. Menschenwürde ist keine Ware.

3.2 Rasche und koordinierte Verfahren. Wir leben in einem Rechtsstaat.

Natürlich soll die Unterstützung von Flüchtlingen nicht einfach nach sozialromantisch-chaotischen Prinzipien erfolgen. Rechtsstaatliche Verfahren, bei denen auch die Schutzwürdigkeit und das Bleiberecht abgeklärt werden, sind selbstverständlich. Auch wenn es sinnvoll ist, solche Prozesse rasch abzuwickeln, müssen normale Rechtsgrundsätze eingehalten werden. Das heisst auch, dass den Betroffenen kompetente Rechtsunterstützung gewährt wird und Schnellverfahren ohne Rekursmöglichkeit oder mit unmöglich kurzen Fristen nicht in Frage kommen.

Inakzeptabel ist die Praxis der Schweizer Behörden, Abklärungen einseitig zuungunsten von Asylsuchenden durchzuführen. Es sind auch Fakten zu beschaffen, welche die Angaben der Asylsuchenden bestätigen. Kantonale Begehren zum Schutz der Asylsuchenden, die sich auf Artikel 17 des Dublin-Abkommens stützen (der Abweichungen aus humanitären Gründen erlaubt), sind grundsätzlich zu akzeptieren. Bei den Empfangsstellen an der Grenze – insbesondere derjenigen zu Italien – ist der Schutz der Minderjährigen ausnahmslos zu gewährleisten. Im Übrigen hat die Schweiz gemäss dem Dublin-Abkommen zwar das Recht, nicht aber die Pflicht, Personen in das Erstaufnahmeland zurückzuschicken. In Härtefällen ist auf die Rückschaffung zu verzichten. Auch ist in jedem einzelnen Fall zu prüfen, ob der betroffenen Person im Erstaufnahmeland Aufnahme, Schutz und Unterkunft angeboten wurde.

Es ist wenig sinnvoll, Flüchtlingspolitik als schweizerischen Alleingang zu inszenieren – auch wenn wir den Mythos Sonderfall noch so sehr pflegen. Internationale Kooperation, insbesondere mit der EU, ist zwingend. Wir müssen auf einheitliche europäische Kriterien der Aufnahme sowie

auf einheitliche Verfahrensgrundsätze hinarbeiten. (Auch wenn dabei das zunehmend nationalistische und populistische Europa wirklich Angst macht.) Wie viel Einfluss wir auf solche supranationalen Prozesse wirklich haben, hängt wahrscheinlich auch davon ab, wie sehr wir uns in Europa sonst engagieren. Die Schweiz kann sich kaum bei der Personenfreizügigkeit abschotten und Sonderzüge fahren und dann bei schwierigen Themen wie der Flüchtlingspolitik Kooperation erwarten.

3.3 Sichere Routen. Wir wollen keine Toten – weder im Meer noch auf dem Land.

Wir haben genug von Toten, von Frierenden und Verhungernden auf den Flüchtlingsrouten. Das muss nicht sein. Wir können in den Krisenregionen vor Ort Abklärungen treffen, Aufklärung betreiben und Teilverfahren durchführen. Und das Botschafts asyl muss wieder möglich werden. Die Errichtung humanitärer Korridore könnte es den Betroffenen erlauben, rasch und sicher nach Europa zu kommen. So wird das Schlepperwesen wirksam bekämpft und die Würde der Flüchtenden gewahrt. Die Schweiz muss deshalb den Zugang zu humanitären Visa erleichtern.

3.4 Lebensbedingungen in den Zwischenetappen verbessern!

Viele Flüchtlinge kommen aus Zwischenstationen in die Schweiz. Sie leben dort in erbärmlichen Verhältnissen mit minimalen Ressourcen. Die Zahlen und Fakten dazu von [Amnesty International](#) sind erschreckend. So befinden sich 95% der syrischen Flüchtlinge – rund 4 Millionen Menschen – in den Nachbarländern Jordanien, Libanon, Türkei, Irak und Ägypten. Dort müssen sie mit 50 Cents pro Tag über die Runden kommen. In anderen Regionen ist die Situation ähnlich. Wen wundert es, dass diese Menschen eines Tages beschliessen, weiterzureisen und Europa zu erreichen – notfalls unter Einsatz ihres Lebens. Diesen Menschen muss dringend geholfen werden, schon aus humanitären Gründen. Und zwar nicht nur mit Essen und einer Unterkunft, sondern auch mit Bildung für die Kinder und einem funktionierenden Gesundheitswesen. Als Nebeneffekt wird dies dazu führen, dass die meisten in ihren Heimatregionen bleiben und auf eine Besserung der Situation im Herkunftsland warten.

3.5 Ursachen beseitigen

Menschen kommen zu uns, weil sie vor kriegerischen Konflikten und Verfolgung, wegen der Klimaerwärmung (Dürren, steigender Meeresspiegel) und/oder vor Hunger und Armut fliehen. Rund 800 Millionen Menschen leiden an Hunger und etwa 9 Millionen Menschen, davon 3 Millionen Kinder, verhungern jedes Jahr (Quelle: [Der Spiegel](#)). Immer mehr Flüchtlinge kommen aus Regionen, die kaum zur Klimaerwärmung beitragen, aber am stärksten von ihren Folgen betroffen sind. Oft gehen Klimaerwärmung, Krieg, Armut und Hunger Hand in Hand. Wollen wir die Flüchtlingsmigration «in den Griff kriegen», müssen wir bei ihren Ursachen anknüpfen. Wir brauchen endlich ein Waffenexport-Verbot, das wirkt, endlich eine klare Verurteilung kriegerischer Angriffe von allen Seiten. Selbstverständlich müssen weiterhin Friedensprozesse auf internationaler Ebene gefördert werden. Das Engagement gegen die Klimaerwärmung ist zu verstärken. Zusätzlich muss auf Grund der klimabedingten Migration die Flüchtlingsdefinition dringend erweitert werden.

3.6 Wirtschaftsentwicklung – nicht Ausbeutung

Es ist Zeit für wirksame und nachhaltige Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung in den armen Ländern. Strategien, die nicht der Ausbeutung und der Profitmaximierung unserer eigenen Wirtschaft dienen. Hier ist auch unsere Aussenpolitik gefordert. Es ist an der Zeit, endlich Schutzzölle in der Schweiz abzuschaffen, Nahrungsmittel-Spekulation wirksam zu bekämpfen und zu verhindern, dass der Schweizer Finanzplatz Milliarden in die Kohle-, Erdöl- und Erdgasindustrie pumpt. Wir wollen Schweizer Unternehmen, welche auch bei Geschäften im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Die SP60+ unterstützt deshalb die Konzernverantwortungsinitiative. Und wir brauchen eine Strategie, die auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Chancen für die Jugend in den Herkunftsländern abzielt. Die deutschen [Thesen für einen Marshallplan mit Afrika](#) stellen einen sinnvollen Ausgangspunkt dar. Dabei müssen sich solche Strategien prioritär an der [Agenda 2030 der UNO](#) orientieren.

3.7 Zusammenleben, nicht Anpassung. Aber vom ersten Tag an!

Wir brauchen eine Integrationsstrategie, welche nicht als reine Forderung zur Anpassung daherkommt, sondern als wirksamer Austausch zwischen den Kulturen konzipiert ist. Das heisst nicht, dass man nach Belieben jene Verhaltensregeln und Grundsätze missachten kann, die in Verfassung und Gesetz verankert sind. (Das gilt eigentlich auch für bürgerliche Politiker, beispielsweise Art. 113.2a der Bundesverfassung: *«Die berufliche Vorsorge ermöglicht zusammen mit der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise.»*) Aber es heisst, dass wir Strategien entwickeln müssen, welche Kommunikation und Zusammenleben ermöglichen und die gegenseitige Bereicherung – und nicht eine Abschottung – sicherstellen. Das geht nur, wenn wir die beiden Pfeiler der Integration – Sprache und Erwerbsarbeit – vom ersten Tag an fördern. Das heutige faktische Erwerbsverbot während des Asylverfahrens muss aufgehoben werden. Das gilt auch für abgewiesene Asylbewerber, solange der Rückschaffungsentscheid nicht vollzogen ist. Dies führt zu einer Entlastung der Sozialhilfe, es erlaubt eine aktive Gestaltung des Flüchtlingsalltags und reduziert das Risiko von Isolierung und Depressionen. Zudem bietet es uns Gelegenheit, auch im Erwerbsalltag von kreativen Impulsen aus verschiedenen Kulturen zu profitieren.

Um minderjährigen Geflüchteten eine menschenwürdige Existenz und Entwicklung zu garantieren, muss ihnen spezielle Aufmerksamkeit zukommen. Dazu gehört die Unterstützung beim Auffinden von und beim Zusammenführen mit geflüchteten Verwandten.

Wir müssen auch politisch positive Signale zur Migration aussenden, da kann die SP60+ Stärke zeigen. Und wir müssen nicht nur die Flüchtlinge (aus)bilden, sondern auch die Einheimischen, indem wir Flüchtlings- und Migrationsgründe in der Schule und der Aus- und Weiterbildung thematisieren.

Integriert ist, wer sich wohlfühlt und ernstgenommen wird. Die SP60+ fordert deshalb den Ausbau der erleichterten Einbürgerung. Zudem sollen Migrant*innen, welche seit drei Jahren in der Schweiz leben und hier Steuern zahlen, auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene die vollen politischen Rechte erhalten. Neben dem Stimmrecht umfassen diese auch das aktive und passi-

ve Wahlrecht. Wer ökonomisch und sozial unsere Gesellschaft mitgestaltet, soll auch mitbestimmen dürfen.

3.8 Sans-Papiers legalisieren!

Kein Mensch ist illegal! Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von sogenannten Sans-Papiers sind nicht akzeptabel. Wir fordern deshalb, dass ihre Situation rasch legalisiert wird: Wer länger als drei Jahre in der Schweiz lebt, soll Anrecht auf eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Gleichzeitig ist Schwarzarbeit konsequent zu bekämpfen, Unternehmen und Private, welche Sans-Papiers schwarz beschäftigen, sind zur Rechenschaft zu ziehen und die Arbeitsbedingungen in Bereichen, in denen Sans-Papiers bevorzugt beschäftigt werden, sind streng zu kontrollieren.

3.9 Strukturen anpassen für ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Menschen mit Wurzeln in einem anderen Sprach- und Kulturkreis sind – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – aufgrund ihrer schlechteren Chancen in jüngeren Jahren auch im Alter potenziell benachteiligt. Erforderlich ist eine spezifische Integrationsförderung aller Migrant*innen in allen Bereichen, unter Berücksichtigung ihrer kulturellen Herkunft. Dazu gehört insbesondere die Anpassung bestehender Strukturen an die Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationshintergrund. Beispielsweise müssen neue Wohn-, Betreuungs- und Pflegemodelle, privat und in Alters- und Pflegeheimen, geschaffen werden, welche die Realität der transkulturellen Gesellschaft anerkennen. Die Bestimmungen des Ausländer- und Sozialversicherungsrechts sind entsprechend anzupassen.

3.10 Im Innern Angstursachen bekämpfen!

Ausgrenzung ist in unserem Land zur unwürdigen Gewohnheit geworden. Fremdenfeindlichkeit hat ihre Ursache vielfach in der Angst um Arbeitsplätze, Löhne, Wohnraum oder Renten. Das Grosskapital und seine politischen Helfer versuchen, die Ausbeutung der Mittel- und Unterschicht – also den Kampf der sozialen Klassen – als Kampf der Kulturen und einzelne Menschengruppen als Sündenböcke darzustellen. Die SP60+ stellt sich entschieden gegen solche Versuche, einzelne Menschengruppen zu diskriminieren und damit die realen Machtverhältnisse zu verschleiern. Wir fordern verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen für alle: Mindestlöhne, den Ausbau der Infrastruktur und der Tertiärbildung oder eine sinnvolle Wohnpolitik. Dies sind Verbesserungen, mit welchen die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Wirtschaft und der neoliberalen Gesellschaftsorganisation eingedämmt werden können. Dazu gehört eine Alterspolitik, die allen Menschengruppen gerecht wird. Aber das ist ein ganzes anderes politisches Programm.